

Kabinett Laval?

Die Regierungsbildung in Paris.

Paris, 26. Januar.

Der Präsident der Republik, Doumergue, hat Sonnabend Abend Außenminister Briand durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes ein Telegramm nach Genf überbracht, in dem er ihm die Kabinettbildung anbietet. — Briand hat jedoch mit der Begründung abgelehnt, es sei ihm unmöglich, neben dem Posten des Außenministers auch noch die Ministerpräsidenschaft zu übernehmen. Darausbin hat der Präsident der Republik den Senator Laval ins Elysée berufen und ihm die Kabinettbildung angeboten. Laval hat den Auftrag übernommen.

Der heutige Montag wird die Entscheidung darüber bringen, ob Senator Laval sein Kabinett bilden kann und welches Kabinett er bildet. Gestern abend nach seiner Rückkehr aus Genf hat Briand bereits das Außenministerium übernommen, und Tardieu und Maginot sollen sich bereit erklärt haben, in das Kabinett einzutreten. Die offene Frage bleibt, ob sich die Radikalen an dem Kabinett beteiligen werden, wenn ohne fraktionsmäßige Bindung ein geeignetes Mitglied der Martingruppe (Rechtspartei) aufgenommen wird. Über diese Frage sollen sich die Radikalen im Laufe des heutigen Tages entscheiden. Die Radikalen könnten, um die Schwierigkeiten zu umgehen, auch ihrerseits einige Mitglieder ernennen, in das Kabinett einzutreten, ohne die Gesamtpartei zu binden. Wenn die Radikalen nein sagen, dann wird sich Senator Laval zu entscheiden haben, ob er ohne sie überhaupt ein Kabinett bilden wird. Die Lage ist also ungelöst die gleiche wie Anfang Dezember, als Laval die gleiche Frage zu entscheiden hatte.

genommen werden. Die direkte wie indirekte Mithilfe der Behörden wird in dem Bericht als gegeben unterstellt, und der Hinweis auf die zahlreichen schwierigen Disziplinarverfahren bestätigt den Talbestand der vorliegenden Pleitfähigkeitsverfahren. Es heißt: „Je höher die Stellung, um so höher die Verantwortlichkeit“, das wird sich Graeppel, der „böse Geist des Deutschtums“ einstellen müssen und danach muss die Warschauer Regierung handeln. Wir werden in den kommenden drei Monaten auf die Durchführung der polnischen Verpflichtungen ein wachsames Auge haben müssen, hängt es doch von Polen ab, ob sich im Mai der Rat erneut mit der überschleißenden Frage beschäftigen muss. Diese Frage würde dann in enge Nachbarschaft zu der Behandlung der ukrainischen Frage rücken, und da Henderson Mitglied des Dreierkomitees für diese Frage ist, werden wir dann von dieser Seite aus höchstlich eine entschiedene Stellungnahme erwarten können. Was Henderson in seinem Schlußwort über „den neuen Stand des Minderheitenkriegs“ gesagt hat, läßt darauf schließen, daß der deutsche Gedanke einerständigen Minderheitensumission an Boden gewinnt, und doch wie vielleicht im Mai auf diesem Wege einen Schritt weitergehen können.

Englische Kritik

Daily Telegraph über die Genfer Beschlüsse.

n. d. London, 26. Januar.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph schreibt: Die soeben beendete Tagung des Völkerbundsrats ist viel weniger stürmisch verlaufen, als erwartet worden war. Besonders gilt dies von dem deutsch-polnischen Streit, in dem eine Vereinbarung erreicht wurde. Polen war klug genug, zu zugeben, daß gegenüber der deutschen Minderheit in Schlesien schwere Ausschreitungen begangen worden sind, und Deutschland hat mit gleicher Klugheit davon Abstand genommen, bei dieser Gelegenheit die Frage der Revision der deutsch-polnischen Grenze aufzuwerfen. Es bleibt abzuwarten, ob Dr. Curtius, der zweifellos einen Erfolg in der Minderheitsfrage davongetragen hat, durch den Zorn der Nationalisten und Nationalsozialisten zum Rückzug gezwungen werden wird. Seine Beaufsichtigkeit in der Grenzfrage erhält sich vielleicht daraus, daß er und Reichsaußenminister Berlin die Frage eines baldigen Zahlungsaustauschs für die Reparationen für dringender und leichter erreichbar erachten, als die Danzig und den Korridor betreffenden Fragen. Deshalb haben sie es für unangebracht gehalten, allzuviel Streitfragen aufzurollen, damit nicht mehrere Mächte sich zusammenfügen, um den deutschen Forderungen Widerstand entgegenzusetzen.

Andererseits hat der deutsche Delegierte bei seinem Vortrag gegen die sofortige Ernennung Dr. Bonhofs zum Präsidenten der Abstimmungskonferenz und gegen die Forderung, daß der Konventionsentwurf auf der Plenarkonferenz nicht angenommen werden dürfe, große Energie entwickelt. Der Korrespondent bemerkt: Es würde schwierig sein, einen Konventionsentwurf, zu dem beinahe jede wichtige Vorbehalt gemacht habe, als endgültig zu betrachten.

Gandhi wird freigelassen

Mindischer Kongreß genehmigt.

Delhi, 26. Januar.

Der Vizekönig hat die bedingungslose Freilassung Ghandhis und der anderen Mitglieder des Arbeitsausschusses des allindischen Kongresses angeordnet. Gleichzeitig hat er die Niedrigung dieses Ausschusses als ungesehliche Körperhaft ausgehoben.

Noch einer Erklärung des Vizekönigs wurde die Freilassung Ghandhis und der anderen Kongreßmitglieder verfügt, um den Nationalkongress die ungestörte Erarbeitung der Erklärung Macdonalds, die er bei der Vertretung der indischen Konferenz abgegeben hat, zu ermöglichen. Der Zeitpunkt der Freilassung Ghandhis steht noch nicht fest.

* Der Bischof von Augsburg hat dem Pfarrer Dr. Häußer in Straßburg wegen seiner Veröffentlichung im „Wölfischen Beobachter“ vom 21. Januar 1931 „An meine Kritiker“ eine Verwarnung zugehen lassen. — Ueber Pfarrer Häußer, der bekanntlich vor einer nationalsozialistischen Versammlung eine nach Form und Inhalt zu verurteilende Rede gehalten hatte, war bekanntlich seitens des Bischofs das Niederholz verhängt worden. Häußer hatte darauf im „Wölfischen Beobachter“ einen Urteil erscheinen lassen, der als Kritik der oberhöchstlichen Maßnahme und somit als Verleumdung der Kirchendisziplin gedeutet werden konnte.

* Abg. Dingeldey, der Reichsführer der Deutschen Volkspartei, hielt in Bad Nauheim eine Rede, in der er sich auch über die notwendige Parlamentarreform aussprach. U. a. setzte er sich für Bildung einer ersten Kammer, Heraushebung des Wahlalters und Reichsreform ein.

* Das Flugboot Do X wird am 10. Januar einen Flug nach Madagaskar unternehmen.

Abstimmungskonferenz 1932

Schlechte Aussichten

W. H. Genf, 24. Januar.

Die Vorlage des Schlussberichts über die Abstimmungskonferenz und eine ungezählte Wendung Hendersons wurden zum Anlaß eines deutschnationalen Wortkampfes, der höchst unerfreuliche Perspektiven eröffnet. Henderson hatte als Ratsvorsitzender dem Präsidenten der Vorbereitenden Abstimmungskommission, dem Holländer Vondou, reichlich Lob gespendet und knüpfte daran den Ausdruck seiner Hoffnung, daß die Einführung der Alters in den vorhandenen Konventionsentwurf zu einer willkürlichen Herabsetzung, nicht nur Belastung der Rüttungen führen müsse. Demgegenüber stellte Curtius mit Entschiedenheit fest, daß der Konventionsentwurf keinerlei verpflichtende Grundlage für die Konferenzerarbeiten darstelle, und daß sich die deutsche Regierung wiederholt von ihm distanziert habe. Briand, der aus innerpolitischen Gründen eine scharfe Tonart nötig zu haben schien, griff ein und wies in sehr temperamentvollen Ausführungen darauf hin, daß das Ergebnis der fünfjährigen hingebungsvollen Kommissionsarbeit nicht dogmatisiert werden dürfe, wenn man nicht neue Hindernisse gegen den Erfolg der Abstimmungsarbeit austürmen wolle. Es gäbe die Schwierigkeiten der Konferenz auf ein Minimum zu reduzieren und nicht den Weg neu zu gehen, den die Kommission bereits beschritten habe. Curtius gab darauf in einer kurzen Entgegnung, die fast wie eine Entschuldigung klang, zu daß der Entwurf auch positive Seiten enthalte, daß aber Deutschland denselben nicht angenommen, sondern nur zur Kenntnis genommen habe und ihn als juristische Grundlage nicht anerkenne.

Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, wie bedenklich es sein würde, wenn die deutsche Kenntnisnahme des Entwurfs in der Öffentlichkeit als Zustimmung ausgelegt würde. Es war von vornherein klar, daß Frankreich verhindern würde, es in dem Entwurf enthaltenen Mehrheitsbeschlüsse zur Basis und zum Ausgangspunkt der Verhandlungen der Abstimmungskonferenz zu machen. Unter Hinweis auf die bereits

geleistete Arbeitssmenge und die geopfernte Zeit hat man auch in Paris und im Haag die deutsche Delegation unter Druck gesetzt, „den gesamten Konferenzbericht nicht mutwillig in Frage zu stellen“, und eine große Besorge besteht für die Genfer Abstimmungskonferenz von 1932, wenn wir von deutscher Seite nicht rechtzeitig Vorkehrungen treffen, um uns der Gegner an tatsächlicher Gewaltbereitschaft überlegen zu machen. Die Hoffnung zum Konventionsentwurf ist nicht, wie Curtius betonte, eine juristische, sondern eine eminent politische Frage, das hat die heutige Debatte klar gezeigt. Sie eröffnet keine günstige Prognose für den Verlauf der Konferenz und unsere Stellung auf derselben.

Der Völkerbundsrat hat in einer nicht öffentlichen Sitzung den Bericht des spanischen Vorsitzers für die Einberufung der Abstimmungskonferenz endgültig angenommen. Die Entschließung des Völkerbundsrates sieht folgende Punkte vor:

1. Der Völkerbundsrat nimmt den Bericht des Abstimmungskomitees und den von ihm ausgearbeiteten Entwurf für ein allgemeines Abstimmungsabkommen zur Kenntnis.

2. Der Völkerbundsrat beauftragt den Generalsekretär des Völkerbundes, sämtlichen Regierungen den Abstimmungsentwurf sowie den Bericht des Berichtstellers zu übermitteln.

3. Die Abstimmungskonferenz wird zum 2. Februar 1932 einberufen.

4. Der Völkerbundsrat beschließt, die Abstimmungskonferenz in Genf abzuhalten unter dem Vorbehalt, daß bis zur Abstimmung die Vorbedingungen der Abhaltung der Konferenz sowie die preußischen Voraussetzungen gesichert sind.

5. Der Völkerbundsrat bestätigt, den Präsidenten der Abstimmungskonferenz auf einer der nächsten Tagungen zu ernennen.

6. Der Völkerbundsrat beauftragt den Generalsekretär, gemeinsam mit dem Berichterstatter die notwendigen technischen Vorbereitungen für die Abhaltung der Konferenz zu führen und sich hierbei die Mithilfe der einzelnen Regierungen zu sichern.

Diplomatische Veränderungen

Selt einiger Zeit spricht man in der Öffentlichkeit von einer Reihe von Veränderungen, die demnächst im diplomatischen Dienst eintreten werden. Sowohl sich diese Notizen übersehen lassen, dürfen sie wohl im allgemeinen als zutreffend bezeichnet werden. Zunächst steht die offizielle Ernennung des neuen Gesandten für Warschau bevor. Die Bezeichnung wurde notwendig durch den Tod von Ulrich Rauscher. Die Regierung hat für diesen Posten Herrn von Moltke bestimmt, für den, wie bereits mitgeteilt worden ist, das übliche Abkommen aus Warschau in Berlin vorliegt. Herr von Moltke darf als ein ausgewählter Kenner der Ostpolitik angesehen werden. Er hat als Direktor der Abteilung im Auswärtigen Amt seine Leistung gehabt, sich in die östlichen Fragen einzuarbeiten. Man muß von ihm erwarten, daß er aus seinem schwierigen Posten die notwendige Kenntnis mit der eben notwendigen Entscheidendheit in der Wahrnehmung deutscher Interessen verbindet.

Außerdem dürfte feststehen, daß der deutsche Gesandte in Peking, von Borch, aus Gefangenentrümpfen von seinem Posten zurücktritt, den er von Kriegsende an verwaltet hat. Er selbst hat um seine Übernahme nachgefragt. Als Nachfolger ist Ministerialdirektor Troutmann vorgesehen und der chinesische Regierung vorgeschlagen. Troutmann ist der jetzige Leiter der Abteilung des Auswärtigen Amtes. Es wird ihm eine große und umfassende Kenntnis der Verhältnisse des Fernen Ostens nachgewährt. Er war Botschaftsrat in St. Petersburg und später Sekretär der deutschen Delegation bei dem zweiten Friedenskongress im Haag und später in der Seegerichtskonferenz in London. 1909 ging er wieder nach Petersburg und 1911 trat er als Legationsrat in die Personalabteilung des Auswärtigen Amtes ein. Während des Krieges hat er in der Presseabteilung das russische, skandinavische und ostasiatische Referat verwaltet. 1921 wurde er Generalkonsul in Kobe und dann Botschaftsrat in Tokio. Im Dezember 1928 übernahm er die Leitung der Ostabteilung im Auswärtigen Amt.

Neben diesen zwei höheren Veränderungen werden in der Presse auch noch einige andere Umbestellungen debattiert. Man spricht davon, daß der Brüsseler Gesandte Horstmann nach Lissabon gehen wird. Diese Stelle ist seit dem beklagenswerten Tode des Herrn von Walberg verwaist. Nach Brüssel soll der Wiener Gesandte, Graf Lerchenfeld, beordert werden und in den dadurch freiwerdenden Wiener Posten soll der Botschaftsrat in Paris, Herr Rietz, eintreten. Diese Ämter haben gewisse Kreise benutzt, um daran parteipolitische Kombinationen zu knüpfen. Diese Kombinationen sind so abwegig, daß wir es für unmöglich halten, uns mit ihnen zu beschäftigen, zumal da diese Informationen auch ein sehr subjektives Gesicht tragen. Wir möchten unsferster nur daran hinweisen, daß die „Frankfurter Zeitung“, die gewiß nicht verächtlich ist, dem Zentrum anzugehören, sich aus Berlin über das Neurelement sehr objektiv berichten läßt, wenn sie mitteilt, daß der Brüsseler Wechsel nicht ganz freiwillig sei, daß aber die in einem Berliner Blatt ausgeschlagene Behauptung, Herr Horstmann sei ein Opfer der Parteipolitik gewesen, nicht begründet sei; und sie sagt wörtlich hinzu: „Diese Zeiten scheinen es erste vorbel zu sein — die neuen Männer im Auswärtigen Amt würden solchen Erwägungen nicht zugänglich sein.“

Der Spruch des Wahlprüfungsgerichts

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hat sich gestern konstituiert und wie in der letzten Wahlperiode den Abg. Dr. Bell (SPD) zum Vorsitzer und den Reichsgerichtsrat Holzner zum Stellvertreter gewählt. Im Anschluß an die konstituierende Sitzung wurde in einer Spruchsituation eingetreten zur Prüfung der Mandate der konservativen Volkspartei und des Mandate des Abg. Mönke. Nach mehr als anderthalbjähriger Beratung kam das Wahlprüfungsgericht zu folgendem Ergebnis:

Der gegen die Wahl des Abg. Mönke erhobene Einwand ist unbegründet. Es besteht kein rechtliches Verdenken dagegen, daß die auf die Kreiswahlvorschläge der konservativen Volkspartei abgegebenen Abstimmungen auf den

Die endgültige Entscheidung erfolgt durch Urteil nach Feststellung des Zahlenergebnisses.

In der Begründung des Spruches heißt es u. a., daß Gericht bei der Prüfung der gegen die Wahl Mönkes erhobenen Einwendungen davon ausgegangen, daß es darauf ankomme, ob am 29. September mit Willen und Wissen Mönkes das Schriftstück vom 24. August als sein Wahlzeugnis eingereicht worden sei. Am 17. September habe Mönke schriftlich zum Nachdruck gebracht, daß dieses Schriftstück vom 24. August nicht abgesandt werden sollte. Das Gericht sei der Überzeugung, daß dagegen eine Klage und unzweckmäßige Erklärung Mönkes des Inhalts notwendig gewesen wäre, daß entgegen dem Schriftstück vom 17. September das Schreiben vom 24. August eingereicht werden sollte. Das Gericht sei der Überzeugung, daß eine solche Erklärung nicht vorgelegen habe.

Hinsichtlich der Gültigkeit der konservativen Mandate und des Mandats Mönkes liegen rechtliche Bedenken dagegen, daß die auf die Kreiswahlvorschläge der konservativen Partei abgegebenen Rechtmäßigkeiten auf den Reichswahlvorschlag des Landstags verrechnet worden seien, nicht vor. Diese Entscheidung bezieht sich sowohl auf die vier Mitglieder der konservativen Volkspartei als auch auf den Abgeordneten Mönke.

Der Skandal bei der Pfandbriefbank

Der staatsparteiliche Abgeordnete des Preußischen Landtags, Niedel, Charlottenburg, hat nachstehende Kleine Anfrage eingereicht:

Nach Pressemeldungen und einer Erklärung des Nachrichtenamtes der Stadt Berlin hat das Berliner Pfandbriefamt, eine der Staatsaufsicht unterstehende Körperschaft des öffentlichen Rechts, zahlungswidrige Geschäfte getötigt. U. a. handelt es sich um zahlungswidrige Beiträge an der in englischer Bezeichnung zu der Wirtschaftspartei arbeitenden Bank für Handel und Grundbesitz und um die Gründung einer Tochtergesellschaft, der Berliner Stadtkontrollbank, zu dem Zwecke, mit deren Hilfe die Zahlungswidrigen Geschäfte zu tätigen. Im Zusammenhang damit wird bekannt, daß dem Aufsichtsrat der Berliner Stadtkontrollbank ausdrücklich die Rechtspolitik, darunter führende Landtagsabgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei und der Wirtschaftspartei, angehören. Ich frage: 1. Ist die Staatsregierung in der Lage, über diese in der Öffentlichkeit erörterten Geschäfte und über die entsprechenden Verträge des Magistrats von Berlin an die Aufsichtsbehörde Auskunft zu ertheilen? 2. Wie war es möglich, daß die Stadtkontrollbank bei nur 14 Angestellten und nur 161 000 Mark Reingewinn und trotz erheblichen Verlustgeschäften, die ohne die Anlehnung der Stadtkontrollbank an das Pfandbriefamt nicht zu decken gewesen wären, an nicht weniger als 10 Aufsichtsratsmitgliedern, die nahezu ohne Ausnahme der Deutschnationalen Volkspartei und der Wirtschaftspartei angehören, Aufsichtsratsvergütungen von rund 65 000 Mark hat zahlen können?

Auf die Auskündigung dieser Angelegenheit darf man gespannt sein. Und es wäre gut, wenn nicht nur die preußische Regierung, sondern auch die Deutschnationale und die Wirtschaftspartei sich zu dieser Angelegenheit äußern würden.

Probeflug des „Do X“

Offenbach, 24. Januar.
Um 10 Uhr morgens flog heute nachmittag um 1 Uhr unter Führung des Kapitäns Christianen zu einem Probeflug auf. Er überflog den Tejo und die Stadt bis um 3.30 Uhr nachmittags und ging dann auf der Reede von Alteira wieder auf das Wasser nieder. Der Probeflug war in jeder Hinsicht zufriedenstellend. Do X wird in der nächsten Woche Lissabon verlassen.

* Kommerzienrat Ferdinand Müller, Verleger des Freisinger Tagblattes und Vorsteher der Landesarbeitsgemeinschaft der Bayerischen Presse, ist heute früh im 34. Lebensjahr einem schweren Leiden erlegen.

Wetterbericht der Dresden Wetterwarde

Witterungsaussichten: Zeitweise lebhafte Winde aus westlichen Richtungen. Vorwiegend stark bewölkt. Keine wesentliche Temperaturänderung. Zeitweise Niederschläge.

Sachsen
Hans Led
Shmetz
anderen Sp
Schneeloge
terminale
Meisterschaf
Meisterschaf
Schönheit ge
Rädelsgebr
abendmorg
Viele der T
gesparte w
weile vor
Berlin und
berstadt C
gen einer d
in Langau
österreichisch
genthal, er
Beil
wurde der
oß erster a
Wille erster
stalt, der J
da er die
das über E
und volkomm
stellen —
märkischom
durchs Gel
gebirge, de
Sächsische
bel den Sch
dar. Auch
Magdeburg
den zehn E
länder des
Bonn. — 2.
Schäftswo
berger, Kar
mit ihrer B
neuer Sch
Unterweser
Der 1.
jezt werde
Männer un
meter mit
Beteiligung
ger der 1.
zweiter der
in 2. 42 M

Vor

Die
Leichtathlet
Weise auf
ihngende de
Vertreter d
des 4. wie
Auslande
holl in der
konnte bei
betrag von
Sport, um
Leichtathlet
Gebiete der
Europa os
die Berich
nungsähn
austral
gelöst w
Kango L
wurden 2.
den der A

Der
vorausgeg
athletisch-B
berlebungen
die entwic
olympische
Stützung i
werden, u
decken. Je
achtet wer
den, die si
war die F
die Exped
einigte mi
von 21 000
Betrag au
neuen Ga
Streckung
von 30 000
weile zu d
DGB. in d
im vergan

Auch
an den O
Er stellte
zubringen,